

BERICHTAUS BRÜSSEL

Aktuelle Meldungen aus der Europapolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. | Vertretung in Brüssel

Association des Chambres de Commerce et d'Industrie Allemandes | Vereniging van de Duitse Kamers van Koophandel en Nijverheid
Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK e.V.) | 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel
Tel. ++32-2-286-1611 | Fax ++32-2-286-1605 | Redaktion: Susanne Schraff | E-Mail: schraff.susanne@dihk.de | www.dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Zartes Pflänzchen Aufschwung.....	2
Erweiterung	3
EU-Kommission empfiehlt Verhandlungen für Islands EU-Beitritt.....	3
Handelspolitik	4
Prioritäten in der Handelspolitik.....	4
Umwelt	5
Zweite Lesung der Richtlinie über Industrieemissionen verschoben.....	5
Bor auf REACH-Kandidatenliste?.....	6
Verkehr	7
100% Container Scanning wird erneut scharf verurteilt.....	7
EP-Verkehrsausschuss diskutiert EU-Seeverkehrsstrategie bis 2018.....	7
EP-Verkehrsausschuss diskutiert EU-Ostseestrategie.....	8
Innovation	9
EU-US-Innovationsdialog geht in die Umsetzungsphase.....	9
Haushaltspolitik	10
Neuverschuldung Deutschlands über 5 Prozent.....	10
Kurz notiert	11
Zahl der Hotelübernachtungen 2009 gesunken.....	11
EU-Kommission will Frontex stärken.....	11
Deutsche Unternehmensteuern auf dem Prüfstand.....	11
Beschwerden gegen Google.....	12
Sonderpreis: "EJ2010 - Wege aus der Armut".....	12
Termine 2010	12
Sitzungen der EU-Institutionen.....	12
"Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation.....	12

Editorial

■ Zartes Pflänzchen Aufschwung

Europas Wirtschaft erholt sich langsam: Nach der jüngsten [Prognose](#) der EU-Kommission wird das europäische Bruttoinlandsprodukt (BIP) Schritt für Schritt zu seiner alten Form zurückfinden. Die Wirtschaft verspürt allerdings noch Gegenwind.

Im dritten Quartal 2009 endete die längste und tiefste Rezession in der Geschichte der EU. Die Maßnahmen, die die EU zur Krisenbewältigung ergriffen hatte, tragen laut EU-Kommission zu dieser Trendwende bei. Zu diesem Zeitpunkt war erstmals wieder ein Wachstum des realen BIP zu verzeichnen. Dieses geriet jedoch im letzten Quartal des Jahres bereits wieder ins Stocken. Übereinstimmend mit der Prognose von letztem Herbst wird für 2010 ein Wachstum von lediglich 0,7 % erwartet. Die EU konnte in der zweiten Jahreshälfte 2009 zunächst von der unerwartet starken weltweiten Erholung profitieren. Die internationale Lage bleibt auch weiterhin ermutigend: Für das Jahr 2010 wird mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um 4,25 % gerechnet, wobei die EU jedoch außen vor bleibt.

Denn trotz des positiven Umfelds drohen mehrere Faktoren das Wirtschaftswachstum in der EU in diesem Jahr zu beeinträchtigen: die in mehreren Mitgliedsländern angeschlagenen Immobilienmärkte, eine schwächere Industrieproduktion und die Zurückhaltung der Verbraucher. Auf den Finanzmärkten bleibt die Lage weiterhin angespannt – trotz großer Gewinne seit Beginn des Jahres 2009. Auf dem Arbeitsmarkt deutet alles auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit hin. Dadurch könnte der Konsum erneut gebremst werden.

Die Risiken und Chancen der derzeitigen Erholung halten sich laut der aktuellen Vorhersage die Waage: So sind die jüngsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten zwar nicht gerade beruhigend, allerdings könnte die europäische Wirtschaft von einer unerwartet starken Erholung der Weltwirtschaft profitieren.

Die Kommission veröffentlicht vier Wirtschaftsprognosen im Jahr. Die nächste Prognose ist für Mai vorgesehen.

(Sr)

Erweiterung

■ EU-Kommission empfiehlt Verhandlungen für Islands EU-Beitritt

Island ist offizieller Kandidat

Der von Island im Juli 2009 gestellte Antrag auf EU-Mitgliedschaft kommt dem Erfolg einen Schritt näher. Am 24. Februar 2010 hat die EU-Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island empfohlen.

Jeder Beitrittsantrag wird mit einer [Stellungnahme](#) der EU-Kommission und einem Beschluss des Rates begleitet. Falls Island der Status eines Kandidatenlandes vom Rat zuerkannt werden sollte, wird die Kommission nun eine ausführliche Studie über das Wirtschafts- und Rechtssystem und den politischen Aufbau Islands erstellen. Sobald der Bericht vorliegt und das Land die Kopenhagener Kriterien erfüllt, werden der Rat und das Europäische Parlament entscheiden, ob die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden können.

Island ist bereits Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und erfüllt laut Erweiterungskommissars Štefan Füle die Kopenhagener Kriterien: u. a. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Als Mitglied des EWR und des Schengenraums hat Island schon große Teile des EU-Rechts übernommen. Ausführliche Verhandlungen sind im Bereich der Fischerei- und Agrarpolitik sowie Umweltpolitik zu erwarten. Auch werden der freie Kapitalverkehr und die Finanzdienstleistungen noch eine große Herausforderung auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft darstellen.

Ein ungelöster Konflikt mit den Niederlanden und Großbritannien könnte eine Barriere für Islands EU-Aufnahmeprozess sein. Die internationale Bankenkrise hat Island an den Rand des Staatsbankrotts gebracht. Niederländische und britische Anleger haben dabei Guthaben in Höhe von 3,8 Milliarden Euro (ca. 40 Prozent des isländischen BIP) verloren. Beide Länder fordern eine Entschädigung für ihre betroffenen Bürger. Die britische und niederländische Regierung haben angedeutet, dass die Frage der Rückzahlung eine Rolle bei den Verhandlungen über Islands EU-Beitritt spielen wird. Am 6. März 2010 soll ein Referendum in Island abgehalten werden, ob diese Forderung akzeptabel ist.

(WM)

Handelspolitik

Verhandlungen über FHAs laufen

■ Prioritäten in der Handelspolitik

Mit dem Ziel, weltweit Handelsbarrieren abzuschaffen, befindet sich die EU derzeit mit vielen Ländern in Verhandlungen um Freihandelsabkommen (FHA). Generell ist die EU ein Verfechter vom Abbau von Handelsbarrieren auf multilateraler Ebene, doch da die Gespräche in der Doha-Runde der WTO stagnieren, versucht man, den Abbau von Handelshemmnissen über FHAs auf regionalem und bilateralem Wege voranzutreiben.

Die BRIC-Staaten bieten für die EU und besonders auch für Deutschland großes Potential für den Ausbau des bilateralen Wirtschaftsverkehrs – zum Vorteil beider Seiten.

Die Verhandlungen mit Indien sind für die EU und Deutschland allein schon der Größe des indischen Marktes wegen von großem wirtschaftlichem Interesse. Die EU strebt ein umfassendes FHA mit Indien an, das über ein reines Zollabkommen hinausgeht und sich Themen widmet, die derzeit nicht in der WTO diskutiert werden. Nach zweieinhalb Jahren Verhandlungen sind bislang aber noch keine substanziellen Fortschritte festzustellen. Inzwischen besteht zumindest Einigkeit über die Themenfelder und Verhandlungsmodalitäten. Im Zollbereich liegen die Vorschläge beider Seiten auf dem Tisch, aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und der Bedeutung der indischen Landwirtschaft gibt es aber beim Marktzugang für Waren nach wie vor erhebliche Meinungsunterschiede. Im Marktzugang für Dienstleister und bei den nicht-tarifären Hemmnissen ist ebenfalls noch vieles offen. Ein Abschluss im Laufe des Jahres 2010 steht nicht mehr zur Debatte.

Bereits heute sind die Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem neuen Exportweltmeister China sehr eng. Für die EU ist China der wichtigste Handelspartner und für China belegt die EU nach den USA Platz zwei. Ein Wirtschaftskooperationsabkommen besteht bereits seit 1985; es wurde 2008 durch den HED („High Level Economic Trade Dialogue“) zwischen der EU Kommission und dem Chinesischen Staatsrat erweitert. Bedingt durch zahlreiche Handelsstreitigkeiten und protektionistische Maßnahmen verlaufen die Verhandlungen derzeit eher schleppend.

Russland ist bereits heute Deutschlands größter Energielieferant. Erdöl und Erdgas Lieferungen machen heute beinahe Dreiviertel der Exporte Russlands an Deutschland aus. Der weitere Abbau von Handelsbarrieren wäre daher für beide Seiten vorteilhaft. Momentan befindet sich Russland in Beitrittsverhandlungen zur WTO. Wenn diese abgeschlossen sind, plant die EU das von 1997 stammende Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland durch ein wesentlich umfangreicheres

CES (Common Economic Space) Abkommen zu ersetzen. Die Verhandlungen dazu begannen bereits im Juli 2008.

In Anbetracht der seit 2004 stockenden Verhandlungen mit dem MERCOSUR plant die EU, zunächst bilaterale Verhandlungen mit dem wichtigsten Wirtschaftspartner Brasilien aufzunehmen. Dies soll aber mit dem Ziel erfolgen, alle anderen MERCOSUR-Staaten zu einem späteren Zeitpunkt einzubeziehen.

Dritt wichtigster Handelspartner der EU sind derzeit die ASEAN-Länder, die große Wachstumspotenziale für Handel und Investitionen bieten. Aufgrund der schwierigen politischen Rahmenbedingungen sollen zunächst Verhandlungen mit sieben ASEAN-Mitgliedstaaten aufgenommen werden – den Anfang macht Singapur. Die bilateralen Abkommen sollen als Basis für ein regionales ASEAN-Abkommen dienen. Auch innerhalb Asiens tut sich viel: Parallel verhandeln die ASEAN-Staaten mit China und Japan. Als Reaktion auf das jüngst zwischen der EU und Korea abgeschlossene FHA zeigt Japan ebenfalls großes Interesse an einem Abkommen. Dies macht aber nur dann Sinn, wenn Japan zu einer weitgehenden Öffnung seines Dienstleistungsmarkts bereit ist und an einem radikalen Abbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen interessiert ist.

(Lau)

Umwelt

■ Zweite Lesung der Richtlinie über Industrieemissionen verschoben

Gemeinsamer Standpunkt des Rates angenommen

Am 24. Februar stand die [Richtlinie über Industrieemissionen \(integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung – neue „IVU-Richtlinie“\) vom 21. Dezember 2007](#) nicht wie erwartet auf der Tagesordnung des Umweltausschusses im Europäischen Parlament. Denn die Diskussionen hinter den Kulissen dauern noch an. Der Rat hat inzwischen den in der ersten Lesung entwickelten gemeinsamen Standpunkt auf der [Sitzung der Minister für Bildung, Jugend und Kultur](#) am 15. Februar angenommen – allerdings ohne die Stimme Deutschlands. Die Überweisung des Dossiers an das Europäische Parlament für die zweite Lesung wird nun für Mitte März erwartet, dann wird auch der deutsche Berichterstatter Holger Kraemer (FDP) seinen Berichtsentwurf vorlegen. Die Abstimmung im Umweltausschuss ist derzeit für April geplant, die Abstimmung im Plenum für Juli. Angesichts der schwierigen Debatten und Verzögerungen in der Vergangenheit könnte ein Vermittlungsverfahren folgen.

Die Richtlinie über Industrieemissionen fasst sieben Richtlinien zu einer zusammen und zielt auf die Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzungen, die Industrieanlagen in Luft, Wasser und Boden verursachen, sowie die Vermeidung von Abfällen ab. Strengere Emissionsgrenzwerte auf Basis der „besten verfügbaren Techniken“ (BVT) und eine bessere Überwachung sollen in Zukunft für eine Verringerung der Schadstoffbelastungen sorgen.

(Wus)

■ Bor auf REACH-Kandidatenliste?

Aufnahme von Natriumtetraboraten und Borsäure umstritten

Unter der europäischen REACH-Verordnung wird für besonders besorgniserregende Stoffe eine Zulassung für deren Verwenden und Inverkehrbringen verlangt. Daher veröffentlicht die Europäische Chemikalienagentur ECHA regelmäßig eine Kandidatenliste mit derartigen Stoffen. In einem nächsten Schritt wird dann entschieden, ob die Stoffe von der Kandidatenliste in das Zulassungsverfahren und schließlich in Anhang XIV der REACH-Verordnung aufgenommen werden.

Dänemark hat nun die Aufnahme von Natriumtetraboraten und Borsäure auf die REACH-Kandidatenliste beantragt, was in Fachkreisen für Empörung sorgt. Denn Bor ist ein wichtiges Spurenelement für Mensch, Tier und Pflanze, das überall in der Natur vorkommt. Borax – ein Natriumborat – und Borsäure finden Anwendung bei der Herstellung von Glas, der Herstellung und Glasur von Keramik, bei der Holzkonservierung, der Stahl- und Metallherstellung, als Reinigungsmittel und Lebensmittelzusatzstoff. Eine Beschränkung der Anwendung hätte also weitreichende Folgen.

Die geplante Aufnahme von Borsäure und Natriumboraten in den Anhang XIV der REACH-Verordnung beruht auf der Einstufung von Borsäure als reproduktionstoxisch. Allerdings sind die zugrunde liegenden Tests umstritten. Bislang wurde von den verantwortlichen Gremien lediglich die Gefährdung der menschlichen Gesundheit diskutiert, dabei aber festgestellt, dass weitere Informationen fehlen.

(Wus)

Verkehr

EU-Kommission veröffentlicht Studien

■ 100% Container Scanning wird erneut scharf verurteilt

Die EU-Kommission hat die lange angekündigte [Zusammenfassung \(Synthesis Report\)](#) der drei Studien von DG [TAXUD](#), [TRADE](#) und [TREN](#) zum Thema 100% Container Scanning veröffentlicht.

Die Studien analysieren die Auswirkungen des Gesetzes auf den europäischen Zoll, Verkehr und Außenhandel sowie alternative Ansätze, die von der EU bevorzugt würden.

Alle drei Studien bestätigen, dass das US-Gesetz zum Scannen von Seecontainern mit Bestimmungsort USA äußerst kostspielig sei sowie Verkehrs- und Warenströme schwer behindern würde – ohne dass man damit jedoch die angestrebten Vorteile für die Sicherheit erzielen könnte. Die EU plädiert daher erneut für einen alternativen Ansatz, der auf einem mehrschichtigen Risiko-Management beruht.

(Ha)

■ EP-Verkehrsausschuss diskutiert EU-Seeverkehrsstrategie bis 2018

Roadmap der Kommission zur Umsetzung kommt im Sommer 2010

Im Verkehrsausschuss (TRAN) des EU-Parlaments wurde am 22.2.2010 der [Berichtsentwurf über die strategischen Zielsetzungen und Empfehlungen für die Seeverkehrspolitik der EU bis 2018](#) diskutiert.

Berichtersteller Peter van Dalen (NL) erklärte, dass er sich auf einige zentrale Themen, die für die Zukunft der Schifffahrt bestimmend sein werden, beschränken wolle. Dazu zählen Wettbewerb (die bereits 2007 angekündigten Leitlinien über staatliche Beihilfen in Häfen seien eine lebenswichtige Frage für den Sektor), Umwelt (Schiffsemissionen), Humane Ressourcen (maritimes Know-How, Fachkräftemangel) sowie bessere Einbindung der Häfen in die Logistikkette (im Rahmen der Revision der TEN-T).

Besonders der Bereich Umwelt stand bei der Diskussion im TRAN im Vordergrund: Viele Abgeordneten thematisierten das Spannungsfeld von globaler (IMO) und regionaler (EU) Gesetzgebung. Die EU solle sich für internationale Lösungen einsetzen, da die Schifffahrt ein globales Geschäft ist, das globale Regelungen benötige.

Im Bereich Umwelt diskutierten die Abgeordneten vor allem van Dalens Vorschlag, eine Art Bonus-Malus-System für Schiffe einzuführen. Demnach sollte die Kommission dafür sorgen, dass umweltfreundlichere

Schiffe weniger Gebühren in Häfen zahlen sollen und schneller abgefertigt werden.

Der Hamburger Europa-Abgeordnete Knut Fleckenstein forderte die Kommission auf, den Bericht des TRAN zum Seeverkehr auch in ihr Verkehrs-Weißbuch einfließen zu lassen sowie eine umfassende, zukunftsorientierte Strategie für die Binnenschifffahrt zu erarbeiten.

Weiterer Zeitplan: Am 2. März ist Frist zur Einreichung von Änderungsvorschlägen, am 23. März findet die Abstimmung im TRAN, im April dann im Plenum statt. Die zuständige Generaldirektion MOVE wird im Sommer einen Zeitplan für die Umsetzung der Strategie präsentieren.

(Ha)

■ EP-Verkehrsausschuss diskutiert EU-Ostseestrategie

Schwerpunkte: Bessere Einbeziehung in TEN-T sowie saubere Schifffahrt

Der Verkehrsausschuss hat am 22.2.2010 seinen [Entwurf einer Stellungnahme zur EU-Ostseestrategie](#) diskutiert. Berichterstatte Werner Kuhn (EVP, Mecklenburg-Vorpommern) stellte die wichtigsten Aspekte seines Entwurfs vor, darunter vor allem die Wichtigkeit, die Ostseeregion stärker in die Schwerpunktsachsen der TEN-V einzubeziehen sowie den Verbindungen zwischen Häfen und Binnengebieten – u.a. durch Binnenwasserwege – Vorrang einzuräumen.

Die TRAN-Mitglieder zeigten sich mit Kuhns Entwurf weitgehend einverstanden; viele betonten vor allem, dass die Strategie sich für sichere und saubere Schifffahrt in der Region einsetzen müsse.

Die [Strategie](#) umfasst die vier Schwerpunkte Umwelt, Wohlstand, Erreichbarkeit und Attraktivität sowie Sicherheit. Die Schwerpunkte sind durch insgesamt 15 Aktionsbereiche („priority areas“) unterteilt, die wiederum auf sog. Vorzeige-Projekte („flagship projects“) fußen. Mit der Ostseestrategie wird ein gemeinsamer europäischer Politikansatz für eine „Makro-Region“ innerhalb der EU formuliert.

Zeitplan: Frist für Änderungsanträge ist der 2.3.2010. Die Stellungnahme soll in der Sitzung des TRAN am 22./23.3.2010 angenommen werden.

(Ha)

Innovation

Transatlantische Zusammenarbeit

■ EU-US-Innovationsdialog geht in die Umsetzungsphase

Im Rahmen des vom [transatlantischen Wirtschaftsrat](#) ("Transatlantic Economic Council" – TEC) im Oktober 2009 gegründeten [EU-US-Innovationsdialogs](#) wird derzeit ein konkretes Arbeitsprogramm erstellt. Dafür wurden Wirtschaftsverbände und Kammern in einer informellen Konsultation um Input gebeten. Der DIHK hat sich an der Konsultation beteiligt. Ziel des Innovationsdialogs ist es, die transatlantische Zusammenarbeit zukünftig stärker in Bezug auf Innovationspolitik und Schlüsseltechnologien, wie z. B. Informations- und Kommunikationstechnologien, Gesundheitstechnologien, Nanotechnologien und energieeffiziente Technologien auszubauen. Für die EU ist die Europäische Kommission, GD Unternehmen/Industrie, federführend.

Beim geplanten nächsten EU-US Gipfel am 24.-25. Mai 2010 in Madrid soll eine Agenda mit Themen und Bereichen des Innovationsdialogs vorgestellt und offiziell bestätigt werden.

Der DIHK sieht hierfür folgende Schwerpunkte:

- Bessere Koordination zwischen nationaler und europäischer Forschungspolitik
- Fokussierung der FuE-Politik auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen, z. B. Demographie und Klimawandel, und Einbeziehung vorhandener best-practise Projekte
- Identifizierung von Prioritätsfeldern und Zielen ohne Vorgabe konkreter Umsetzungstechniken
- Verbesserung der Freizügigkeit von Forschern und Forschungsvorhaben
- Verbesserter gegenseitiger Zugang zu bestehenden Forschungsprogrammen
- Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- Schaffung eines wirtschaftsfreundlicheren rechtlichen Forschungsumfeldes
- Schutz von geistigen Eigentumsrechten (IPR)
- Einbeziehung der Erfahrungen der AHK USA im B2B-Geschäft einschließlich der politischen Rahmenbedingungen

(Bor, Lau)

Haushaltspolitik

Pflicht zur Haushaltskonsolidierung ab 2011

■ Neuverschuldung Deutschlands über 5 Prozent

Deutschlands Neuverschuldung wird in diesem Jahr voraussichtlich bei über 5 Prozent liegen. Damit übersteigt es den Maastricht-Referenzwert von 3 Prozent in Relation zum [Bruttoinlandsprodukt](#) (BIP) erheblich.

Aus diesem Grund hatte der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) im Dezember 2009 bereits ein Defizitverfahren gegen Deutschland eröffnet und der Bundesregierung verbindlich empfohlen, ihr Haushaltsdefizit ab 2011 kontinuierlich abzubauen. Ab dem Jahr 2013 soll Deutschlands Haushalt wieder dem Stabilitäts- und Wachstumspakt des Maastrichter Vertrages entsprechen.

Deutschland steht nicht allein da: Insgesamt 20 Mitgliedsländer scheitern momentan an der Drei-Prozent-Hürde. Nur in sieben gilt die Haushaltsführung als korrekt. Wegen der außergewöhnlich schlechten Lage, in der sich die europäische Wirtschaft seit Beginn der Weltwirtschaftskrise befindet, wendet die EU-Kommission die Regeln des Stabilitätspaktes zur Zeit nur in entschärfter Form an und gewährt den Mitgliedstaaten einen Aufschub beim Defizitabbau. Normalerweise müssten entstandene Haushaltsdefizite innerhalb eines Jahres abgebaut werden.

Nähert sich ein Land der Defizitgrenze, ist als erster Schritt ein „Blauer Brief“ ohne Strafge­lder vorgesehen. Als nächstes erstellt die EU-Kommission einen Bericht, auf dessen Grundlage die EU-Finanzminister mit Zweidrittel-Mehrheit entscheiden, ob in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht. Daran knüpfen sich Empfehlungen, wie der jeweilige Haushalt wieder in Ordnung kommen kann. Als letzte Eskalationsstufe im Defizitverfahren verhängt der ECOFIN-Rat Strafge­lder.

Den Defizitabbau verlangt auch die so genannte [Schuldenbremse](#) des Grundgesetzes, die Deutschland ab dem Jahr 2016 nur noch eine strukturelle Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des BIP erlaubt.

(Per)

Kurz notiert

■ Zahl der Hotelübernachtungen 2009 gesunken

Die Zahl der Hotelübernachtungen in der EU27 ist 2009 um 5,1 Prozent gegenüber 2008 zurückgegangen. Laut [Eurostat](#) verbrachten Reisende im letzten Jahr fast 1,5 Milliarden Nächte in Herbergen und Hotels. Die Zahlen variieren für das Jahr 2009 von minus 23,3 Prozent in Lettland bis plus 0,1 Prozent in Schweden. Die meisten Übernachtungen zählten Spanien, Italien, Deutschland und Frankreich.

■ EU-Kommission will Frontex stärken

Die EU-Kommission will die europäische Grenzschutzagentur [Frontex](#) mit Sitz in Warschau stärken und die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten fördern. Die EU-Mitgliedstaaten sollen mehr Ausrüstung und Personal zur Verfügung stellen. Frontex soll damit in die Lage versetzt werden, Einsätze von Grenzpatrouillen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu leiten, und die Möglichkeit erhalten, Drittländer technisch zu unterstützen. Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Vorschlag der EU-Kommission noch zustimmen.

■ Deutsche Unternehmensteuern auf dem Prüfstand

Die EU-Kommission nimmt eine Erleichterung im deutschen Steuerrecht für kriselnde Firmen unter die Lupe. Die sogenannte Sanierungsklausel ermöglicht, angeschlagenen Unternehmen mit Aussicht auf Gesundung ihr steuerpflichtiges Einkommen künftiger Steuerjahre auch dann mit früheren Verlusten zu verrechnen, wenn sich die Eigentümerstruktur deutlich geändert hat. Die Kommission wird nun förmlich prüfen, ob es sich dabei um eine Staatsbeihilfe handelt. Beihilfen sind nur in genau festgelegten Fällen erlaubt. Ursprünglich sollte die Klausel Ende 2009 auslaufen. Sie wurde dann durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in eine dauerhafte Maßnahme umgewandelt.

■ Beschwerden gegen Google

Die EU-Kommission hat Beschwerden von drei Suchmaschinen-Betreibern gegen den US-Internetkonzern Google erhalten. Die Firmen sind der Ansicht, dass Google sie in seinen Suchergebnissen herabstuft, weil sie direkte Konkurrenten wären. Die Kommission erklärte, noch keine formelle Untersuchung eingeleitet zu haben. Google wurde, wie in solchen Fällen üblich, von Brüssel um eine Stellungnahme gebeten.

■ Sonderpreis: "EJ2010 - Wege aus der Armut"

Im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung stiftet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Sonderpreis „EJ 2010 – Wege aus der Armut“. Gesucht werden Beiträge, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und Wege aus Armut und Ausgrenzung aufzeigen. Beiträge können bis zum 31. März 2010 eingereicht werden.

Termine 2010

■ Sitzungen der EU-Institutionen

01. - 05. März [Agenda zu den Sitzungen der EU-Institutionen](#)

01. - 05. März Fraktions- und Ausschusssitzungen des EP

01. Jan - 30. Juni [Spanische EU-Ratspräsidentschaft](#)

■ "Unternehmen Europa": Veranstaltungen der IHK-Organisation

2.-3. März IHK Ostwestfalen zu Bielefeld: „Italien und Spanien – In-House-Beratung“

Ansprechpartner: Jens Heckerroth, Tel.: 0521 554-250

9. März IHK München: „Geschäftschancen in Griechenland“

Ansprechpartnerin: Sabine Kühnert, Tel.: 089 5116-645

11. März IHK Südlicher Oberrhein / Freiburg: „Forderungseinzug
und Vermeidung von Forderungsausfällen in Europa“
Ansprechpartnerin: Petra Steck-Brill, Tel.: 07821 2703-690

Verantwortlich für die Endredaktion: Susanne Schraff (Sr)

Ansprechpartner für die einzelnen Beiträge: Bor= Dr. Sara Borella; Ha= Regina Haas (IHK Nord); Lau= Alexander Lau; WM= Wim Martens; Per= Malte Pereira; Wus= Dr. Bettina Wurster